

Heikles Jubiläum

EUROPA Die Römischen Verträge gelten als Gründungsdokumente der europäischen Integration. 60 Jahre später wird in der wohl schwersten Krise der Union erstmals die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Gesamtprojekts gestellt



Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer (links) und dessen Staatssekretär Walter Hallstein bei der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Konversatorenpalast in Rom. Rechts von ihnen sitzt der italienische Ministerpräsident Antonio Segni.

Es ist ein guter Anlass, ein großes europäisches Fest zu feiern: Vor 60 Jahren, am 25. März 1957, wurden die Römischen Verträge unterzeichnet. Sie waren der symbolische, aber auch der faktische Höhepunkt der europäischen Erfolgsgeschichte.

Inhaltlich ging es zunächst um die Gründung einer Zollunion, institutionell um die Schaffung von wichtigen europäischen Gremien wie dem Ministerrat, der Kommission, der Parlamentarischen Versammlung und dem Europäischen Gerichtshof. Als Ziel definierten die Regierungen Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Deutschlands, Frankreichs und Italiens den gemeinsamen Markt mit freiem Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Es war der ganz große Aufbruch in Richtung Integration nach den tragischen Erfahrungen der beiden Weltkriege und den ersten Versuchen, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Zuvor hatten die Europäer das tiefste Tal einer Nachkriegskrise durchschritten: 1954 waren sowohl Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) mit europäischer Armee und europäischem Verteidigungsminister als auch die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) gescheitert. Ambitio-

nierter war die Integrationspolitik nicht vorstellbar – aber ihr Scheitern auch nicht drastischer. Aber die Europapolitiker verharteten damals nicht in ihrer Schockstarre. Sofort initiierten die Außenminister der sechs Gründungsmitglieder einen neuen Aufbruch mit neuen Themen. 1955 trafen sie sich im sizilianischen Messina und initiierten den Spaak-Bericht, der Integrationsfortschritte im Bereich der Wirtschaft vorsah und die politische Grundfrage der Römischen Verträge bildete. Die Verhandlungen über die Verträge waren alles andere als konfliktfrei. Am Ende spitzten sich die Meinungsverschiedenheiten auf zwei Elementarkonflikte zwischen Deutschland und Frankreich zu: Frankreich wollte die Kooperation zwischen Nationalökonomien und nicht – wie Deutschland – den kompletten Binnenmarkt. Deutschland wollte bei der Atomgemeinschaft die komplette Nuklearkontrolle auf die europäische Ebene übertragen – während Frankreich lediglich die Kontrolle des Zivilbereichs akzeptieren wollte. Es kam zum Kompromiss: Binnenmarkt einerseits, keine europäische Kontrolle des militärischen Nuklearbereichs andererseits.

Festzuhalten ist: Die Erfolgsgeschichte von Rom entstand aus der Krisenerfahrung –

wollte die Kooperation zwischen Nationalökonomien und nicht – wie Deutschland – den kompletten Binnenmarkt. Deutschland wollte bei der Atomgemeinschaft die komplette Nuklearkontrolle auf die europäische Ebene übertragen – während Frankreich lediglich die Kontrolle des Zivilbereichs akzeptieren wollte. Es kam zum Kompromiss: Binnenmarkt einerseits, keine europäische Kontrolle des militärischen Nuklearbereichs andererseits. Festzuhalten ist: Die Erfolgsgeschichte von Rom entstand aus der Krisenerfahrung –

und aus der Kompromissbereitschaft. So war es bei allen späteren Krisen der Europäischen Union. Die belgische Ratspräsidentin etwa formulierte nach dem desaströsen Verlauf des Gipfels von Nizza im Dezember 2000 die entscheidenden Zukunftsfragen – der 2007 unterzeichnete Lissabon-Vertrag beinhaltet die Antwort. Die Verlaufskurve der europäischen Krisen war in den vergangenen Jahrzehnten immer die gleiche: Krise – Problemdruck – Lernprozess – Lösung. Nur dieses Mal, 60 Jahre nach Rom, ist es anders. Erstmals wird in der Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Gesamtprojekts gestellt, erstmals finden sich bisher keine überzeugenden Antworten. Auch die vielen Versuche, das Jubiläum der Römischen Verträge mit Zukunftspapieren zu unterfüttern, haben nicht zu einem Ende der strategischen Sprachlosigkeit geführt. Die Europapolitik bleibt voll beschäftigt, situatives Krisenmanagement in den diversen Themenfeldern zu betreiben – Brexit, Migration, Terror, Euro-Schuldenkrise. Doch die Menschen sehnen sich nach Orientierung. In Zeiten, die gleichermaßen von Komplexität und von Konfusion gekennzeichnet sind, wollen sie wissen, wo die Europäische Union in fünf bis zehn Jahren stehen wird. Die Entscheidungsträger spüren diesen Erwartungsdruck. Sie liefern auch diverse Papiere, wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker mit seinem Weißbuch der fünf Szenarien, das Europäische Parlament mit seinen Ausschnittspapieren und die

vier mittelosteuropäischen Visegrad-Staaten. Pünktlich zum Fest will auch der Europäische Rat Vorschläge machen. Doch alle Papiere bleiben merkwürdig unpräzise. Sie sind im Grunde als wortreiche Beiträge zur strategischen Sprachlosigkeit abzuhaken. Dabei steht die EU ungemein unter Druck. Von innen wegen populistischer Aversionen und nationalistischer Distanzierungen, von außen wegen tektonischer Verschiebungen der weltpolitischen Architektur. Eine Strategie der Selbstbehauptung

STICHWORT

Die Römischen Verträge

> Abschluss Am 25. März 1957 unterzeichneten die Regierungsvertreter Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Deutschlands, Frankreichs und Italiens die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euratom).

> Ziele Sie umfassten den Aufbau einer Zollunion, den Abbau interner Handelshemmnisse, die Errichtung eines gemeinsamen Marktes, Bewegungsfreiheit für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sowie die engere Zusammenarbeit in der friedlichen Nutzung der Atomenergie.

Europas muss daher ihre Wirkung nach innen wie nach außen entfalten. Es geht um nicht weniger als eine positiv inspirierende Vision der eigenen Zukunft.

Zwei Megathemen werden die Integrationspolitik in den nächsten Jahren prägen. Zum einen: Wie soll die Wirtschafts- und Währungsunion politisch gestaltet werden? Zum anderen: Wie soll eine europäische Sicherheitspolitik angesichts neuer Risiken und Gefahren aussehen? Es geht um Legitimation, Transparenz und neue Führungsstrukturen. Beide Themen werden nicht alle EU-Mitglieder zur gleichen Zeit anpacken können. Deshalb wird das zuletzt wieder häufig diskutierte Modell der „differenzierten Integration“ mit Nachdruck zur Geltung kommen.

Sicher ist, Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist der Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann dieses Europa, das großen Herausforderungen gegenwärtig völlig verunsichert gegenübersteht, durchaus erbringen. Nur muss es dafür seinen Lernprozess strategisch konsequent umsetzen und einen Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung schaffen. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Jedoch sind das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente heute davon entfernt, öffentlicher Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ih-

ren Ängsten und Konflikten zu sein. Vor allem das Europäische Parlament muss seine Rolle deshalb in Zukunft viel intensiver und sensibler wahrnehmen.

Identität entsteht aber auch durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont. Anknüpfungspunkte gibt es hierfür genug, schließlich hat die Dichte integrativer Verbindungen drastisch zugenommen. Längst geht es nicht mehr bloß um die Zollunion oder den Binnenmarkt. Vor allem die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des aufeinander Angewiesenseins ausgelöst. Schon deshalb muss die EU sich als Strategiegemeinschaft begreifen.

Das zukünftige Europa, das den „Geist von Messina“ inspirierend umsetzt, muss ein Europa nah am Bürger sein. Es geht darum, Europa als Ort der Partizipation zu kreieren, nur dass Partizipation sich nicht in Wahlen zum Europäischen Parlament und künftig vielleicht noch in der Direktwahl eines Präsidenten erschöpfen darf. Auch die thematischen Einzelheiten, die strategischen Antworten, die Problemlösungen müssen in einer Partizipationskultur erarbeitet werden. Diese Aufgabe – 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge – verlangt viel Fantasie und Kreativität. Doch wer die Deutungshoheit gewinnt, der gewinnt an Macht – und damit auch die Zukunft. **Werner Weidenfeld** ■

Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Universität München.

FÜNF FRAGEN ZU: 60 JAHREN RÖMISCHE VERTRÄGE



Gunter Krichbaum (CDU), seit 2007 Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag

Sechs Gründerstaaten unterzeichneten am 25. März 1957 die Römischen Verträge. Was war die besondere Leistung der Initiatoren?

Die Gründerväter der heutigen EU haben damals viel Führungsstärke und Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Hätte Frankreichs Präsident Charles de Gaulle ein Referendum durchgeführt über die Frage, ob man mit Deutschland in eine solche Gemeinschaft eintreten sollte, hätte das wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit Sicherheit nicht die Zustimmung der Franzosen gefunden. Die europäischen Staaten aber fanden durch diesen Mut den Weg zum gemeinsamen Frieden.

Welche Bedeutung hatte die Unterschrift von Bundeskanzler Konrad Adenauer für die weitere Entwicklung Deutschlands?

Wirtschaftlich legten die Verträge den Grundstein für die Prosperität unseres Landes – bis zum heutigen Tag. Der freie Handel innerhalb Europas sichert uns hunderttausende Arbeitsplätze. Durch die Einbin-

dung in den europäischen Einigungsprozess wurde zudem ein Grundstein für die Stabilität Deutschlands nach innen und außen gelegt.

60 Jahre später steckt die EU in der wohl größten Krise seit ihrem Bestehen. Wie kann die Gemeinschaft zusammengehalten werden?

Zum einen müssen wir gerade den osteuropäischen Mitgliedstaaten deutlicher machen, was wir mit der EU wollen: Dass sie nicht nur eine Freihandelszone ist, sondern auch eine Wertegemeinschaft, in der um Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Meinungs- und Pressefreiheit und Solidarität geht. Zum anderen müssen wir die Herzen der Menschen besser erreichen. Europa hat ein riesiges Identifikations- und Vermittlungsproblem – seine Vorzüge müssen im Alltag viel sichtbarer werden. Städtepartnerschaften, das Erasmus-Programm für Studierende oder die Interrailtickets zum Bahnfahren quer durch Europa schaffen schon jetzt wichtige emotionale Erlebnisse. Solche und andere Instrumente müssen wir ausbauen.

Die Idee eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten findet immer mehr Anhänger. Ist das der richtige Weg?

Ich kann der Idee viel abgewinnen. Sie darf aber nie zum einem exklusiven Bündnis führen. Andere Mitglieder müssen sich weiteren Integrationsritten jederzeit anschließen können.

Großbritannien wird in Kürze sein offizielles Abschiedsgesuch einreichen. Werden die Verhandlungen die EU weiter spalten?

Ich sehe das nicht. Denn die verbleibenden 27 Mitglieder sind sich einig, dass die vier Grundfreiheiten der EU nicht verhandelbar sind. Ich hoffe viel mehr, dass der Brexit, aber auch die veränderten transatlantischen Beziehungen unter US-Präsident Donald Trump, Anlass für uns sind, nach der wirtschaftlichen Integration auch in der Außen- und Sicherheitspolitik noch enger zusammenzuarbeiten.

Das Gespräch führte Johanna Metz ■

In Glück und Unglück vereint

BUNDESTAG Fraktionen fordern neue Impulse für die strachelnde Gemeinschaft

Es liegt ein dunkler Schatten über diesem Jubiläum. Am 25. März kommen die Staats- und Regierungschefs in Rom zu einem Sondergipfel zusammen, um 60 Jahre Römische Verträge zu würdigen. Doch so richtig Stimmung will so kurz vor dem Fest nicht aufkommen. Im April wird Großbritannien sein offizielles Austrittsgesuch in Brüssel vorlegen (siehe Seite 8); erstmals in ihrer Geschichte schrumpft die Gemeinschaft, anstatt zu wachsen. Auf dem Frühjahrsgipfel der EU Ende vergangener Woche eskalierte zudem der Streit zwischen Polen und den übrigen Mitgliedstaaten, als die nationalkonservative Regierung in Warschau die Wiederwahl ihres Landmannes, EU-Ratspräsident Donald Tusk, zu verhindern suchte. Ihm wirft sie Einmischung in die polnische Innenpolitik vor.

Brexit und der Eklat in Brüssel illustrieren einmal mehr, wie schwierig es in der EU geworden ist, Kompromisse zu schließen. Im Anschluss an den Frühjahrsgipfel wollten die 27 Staats- und Regierungschefs dennoch eine gemeinsame Erklärung für den bevorstehenden EU-Jubiläumsgipfel in Rom vorbereiten, von dem ein neuer Impuls für die Zukunft der Union ausgehen soll. Allerdings wurde der Gipfel ohne ein Abschlussdokument beendet, Polen hatte seine Zustimmung verweigert. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte ihre Erwartungen an das Treffen in Italiens Hauptstadt jedoch schon im Bundestag skizziert: In Rom müssten sich die

EU-Staaten zu den gemeinsamen Werten und Interessen bekennen, erklärte sie in einer Regierungserklärung kurz vor ihrer Abreise nach Brüssel. Denn allen Rückschlägen und Enttäuschungen zum Trotz gelte, was die Staats- und Regierungschef vor zehn Jahren in der „Berliner Erklärung“ festgehalten haben: „Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.“ Merkel drängte darauf, dass die Mitglieder in Zukunft schneller zu Entscheidungen kommen und diese konsequenter umsetzen müssen. Dafür müsse es „notfalls verstärkt möglich sein, dass einige Mitgliedstaaten voranschreiten, während andere sich an bestimmten Schritten nicht oder noch nicht beteiligen wollen.“ Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten dürfe jedoch nicht zur Ausgrenzung von Mitgliedern führen.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) warb in der anschließenden Aussprache dafür, gemeinsame Projekte zu entwickeln, „um diesem Europa wieder Mut, Zuversicht und Kraft zu geben“. Reformmaßnahmen und neue Strukturen, die den Herausforderungen der Zeit gerecht würden, seien „von zwingender Notwendigkeit“. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, betonte, die Europäische Union habe „uns 60 Jahre lang stabile Demokratien, Freiheit, Wachstum, Wohlstand und vor allen Dingen Frieden beschert.“ Daher gelte: „Welche Mängel

diese Union auch immer haben mag, wir müssen alles dafür tun, dass diese weltweit einzige Form der transnationalen Zusammenarbeit erhalten bleibt, und sie gegen alle Angriffe von innen und von außen verteidigen.“

Der Parteivorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, warf Merkel vor, ihre Vorstellung von Europa zu wenig zu kommunizieren. „Es gibt in der Politik kein Vakuum. Das Vakuum wird immer gefüllt, und wenn wir als Demokraten es nicht füllen, dann füllen es die Populisten“. Mit Verweis auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien betonte Özdemir, dass ein zukunftsfähiges Europa „nur ein gerechtes Europa sein kann“.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch gab der Regierung eine Mitverantwortung dafür, „dass die europäische Idee im Moment am Abgrund steht“. Sie habe „mit ihrem verantwortungslosen neoliberalen Diktat“ für die sozialen Verwerfungen in Europa gesorgt und die extreme und populistische Rechte in Europa erst stark gemacht. Er forderte einen „Politikwechsel“ und ein europäisches Investitionsprogramm mit mehr Ausgaben für Entwicklungspolitik und Klimaschutz. **Johanna Metz** ■

»Wir müssen die Herzen der Menschen besser erreichen.«

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

